

**Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger/Yasemin Cevik) vom 25. April 2013:
Zurück zur Sachpolitik in der Budgetdiskussion um die Gemeinwesenarbeit
(2013.SR.000186)**

In der Stadtratssitzung vom 6. Juni 2013 hat die Motionärin die folgende Motion in ein Postulat umgewandelt, welches vom Stadtrat erheblich erklärt worden ist:

Die Gemeinwesenarbeit hat eine vitale Bedeutung in der Stadt Bern. Die Quartier- und Gemeinschaftszentren sowie Familientreff und Mütterzentrum leisten einen grossen Beitrag zur Quartierentwicklung, zum sozialen Zusammenhalt, zur Integration verschiedenster Zielgruppen und zur Entschärfung sozialer Konflikte. Die Investitionen in die Gemeinwesenarbeit verhindern auf diese Weise das Entstehen weit grösserer Folgekosten aufgrund von Desintegration, Vereinsamung und sozialen Konflikten.

Der Gemeinderat nimmt mit seiner Ankündigung, ab dem Jahr 2014 die Mittel für die Gemeinwesenarbeit um über 50% zu kürzen, in Kauf, dass ein über Jahrzehnte sorgsam aufgebautes und von der Bevölkerung vielgenutztes Leistungsangebot unwiderruflich zerstört wird. Dies führt zu sozialen Folgekosten, welche weit über den 1,8 Mio. Franken liegen, die der Gemeinderat einsparen will. Der Gemeinderat begründet die Kürzung der Mittel für die Gemeinwesenarbeit mit Sparmassnahmen des Kantons. Damit lehnt er faktisch die Verantwortung für die Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern ab und überträgt sie an den Kanton. Im Weiteren stellt er damit die Autonomie der Stadt Bern in ihrer Aufgaben- und Finanzplanung fundamental in Frage.

Zweifellos schmerzen die Sparmassnahmen des Kantons, und es fällt schwer diese einfach so hinzunehmen. Es ist aber nicht richtig, eine machtpolitische Auseinandersetzung mit dem Kanton auf Kosten der Gemeinwesenarbeit zu führen und damit zentrale Elemente des sozialen Zusammenlebens und der Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen in der Stadt Bern aufs Spiel zu setzen. Der Entscheid des Kantons, die Ausgaben für die Gemeinwesenarbeit nicht mehr zum Lastenausgleich zuzulassen, hat für die Stadt Bern einen Ertragsausfall aus dem FILAG von rund 1,87 Mio. Franken zur Folge. Solche Ertragsausfälle aus dem Lastenausgleich sind aber grundsätzlich über die Globalbudgets zu kompensieren und zwar dort, wo es die Stadt Bern am wenigsten schmerzt. Autonome Finanzpolitik heisst nämlich, dass sich die Budgets zugunsten der verschiedenen Produktgruppen auf dem Leistungsbedarf und einer Kosten-Nutzen-Rechnung der verschiedenen Dienstleistungen abstützen, losgelöst von finanzpolitischen Kapriolen des Kantons und der Frage, welche Ausgaben er zum Lastenausgleich zulässt oder eben nicht.

Sparmassnahmen in der Gemeinwesenarbeit sind unter dieser Prämisse zwar möglich, aber nur sofern sachlich begründbar und in einem fairen Verhältnis zu Sparmassnahmen in anderen Bereichen. Solche Kürzungen sind jedoch nicht zum vornherein willkürlich auf 50%, 25% oder 17% festzulegen.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf:

1. Die Mittel für Produktgruppe PG 330100 (Kinder- und Jugendförderung, Gemeinwesen) im Budgetentwurf 2014 gegenüber dem Vorjahr bei finanzpolitischer Begründung um maximal den Betrag zu kürzen, welcher anteilmässig der Kürzung der Globalbudgets am gesamten städtischen Budget entspricht.
2. Kürzungen die darüber hinausgehen sozial- und integrationspolitisch zu begründen, soweit sie einen Abbau gemeinnütziger Leistungen zur Folge haben. Dabei ist ein Minderbedarf an entsprechenden Leistungen durch veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse nachzuweisen.

Bern, 25. April 2013

Erstunterzeichnende: Benno Frauchiger, Yasemin Cevik

Mitunterzeichnende: Thomas Göttin, Katharina Altas, Ursula Marti, Peter Marbet, Rithy Chheng, Hasim Sönmez, Marieke Kruit, Michael Sutter, Lena Sorg, David Stampfli, Patrizia Mordini, Bettina Stüssi, Gisela Vollmer, Halua Pinto de Magalhães, Annette Lehmann, Nicola von Greyerz, Lukas Meier, Lea Kusano

Bericht des Gemeinderats

Ausgangslage

Der Gemeinderat anerkennt die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit für die Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren. Der Gemeinderat ist sich auch bewusst, dass im Bereich der Gemeinwesenarbeit ein hohes Mass an freiwilligem Engagement erbracht wird und dieses sorgfältig unterstützt werden muss. Dies umso mehr, als auch in der Stadt Bern der schweiz- und europaweit zu beobachtenden Trend feststellbar ist, dass es zunehmend schwierig ist, Freiwillige für ein Engagement in ehrenamtlichen Strukturen zu gewinnen. Ganz besonders schwierig ist dies in sozial benachteiligten Quartieren. Wenn der sozio-ökonomische Status gering ist, Wohnverhältnisse beengt und Aussenräume unattraktiv sind, dann steht für die Bewohnenden häufig die Bewältigung des Alltags im Vordergrund und es bleiben wenig Ressourcen für ein unbezahltes Engagement für die Nachbarschaft.

Der Gemeinderat geht mit den Postulantinnen und Postulanten einig, dass die Gemeinwesenarbeit vor dem Hintergrund der knappen Ressourcen und des Spardrucks hinterfragt und auf die heutigen Bedürfnisse ausgerichtet werden muss. Allfällige Doppelspurigkeiten sind abzubauen. Ziel muss es sein, mit den begrenzten Mitteln bedarfsgerechte Angebote, zeitgemässe Strukturen und attraktive Einsatzmöglichkeiten für freiwillig Engagierte zu gewährleisten.

Die Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg) ist als Dachverband von über 20 Trägervereinen in der Stadt Bern der wichtigste Anbieter von Gemeinwesenarbeit. Im Leistungsvertrag mit der vbg wird vereinbart, welche Leistungen aus dem Beitrag der Stadt finanziert werden. Die wichtigsten Leistungen im aktuellen Vertrag sind:

- a) finanzielle und beraterische Unterstützung von kleineren, ehrenamtlich betriebenen Quartiertreffs, welche ein sehr gutes Kosten/Nutzen-Verhältnis aufweisen und wichtige Identifikations- und Integrationsleistungen im jeweiligen Quartier bieten;
- b) Führen grosser Quartierzentren, welche sich durch vielseitige Angebote und eine gute Verankerung im Quartier auszeichnen. Hier engagieren sich viele Freiwillige, aber es braucht auch professionelle Kräfte, um Betriebe in dieser Grösse zu führen, Kontinuität zu gewährleisten und Frustration für die freiwillig Engagierten zu vermeiden;
- c) die aufsuchende Quartierarbeit, welche mit gut qualifizierten Fachkräften flexibel dort eingesetzt werden kann, wo aktueller Bedarf besteht bezüglich Unterstützung von Initiativen von Bewohnenden zur Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren, Um- und Neugestaltungen von öffentlichen Räumen und Überbauungen und der Arbeit mit spezifischen Zielgruppen.

Der Gemeinderat hat im Rahmen der Erfüllung der Dringlichen Interfraktionellen Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP: Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit einen Bericht über das weitere Vorgehen im Bereich der Gemeinwesenarbeit/Quartierarbeit erarbeitet. Dieser Bericht hat anhand verschiedener Sparszenarien die Auswirkungen des Wegfalls der Kantonsbeiträge für

die Gemeinwesenarbeit aufgezeigt. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 12. September 2013 entschieden, die wegfallenden Kantonsbeiträge im Umfang von Fr. 1 460 000.00 zu kompensieren. Die damit verbundene Kürzung im vbg-Leistungsvertrag 2014 im Vergleich zum Leistungsvertrag 2013 macht Fr. 312 308.00 aus. Die Einsparungen sollen gemäss dem Beschluss des Stadtrats entsprechend der im Bericht des Gemeinderats erläuterten Sparvariante 1 umgesetzt werden, ohne aber die Freizeitwerkstätte Tscharnergut zu schliessen und ohne bei der aufsuchenden Quartierarbeit zu kürzen.

Die Umsetzung dieser Sparvorgaben ist im Gange und umfasst folgende Massnahmen:

- Aufgabe des Quartiertreffs Länggasse in der bisherigen Form eines Quartierzentrums mit professioneller Gemeinwesenarbeit; Beratung im Hinblick auf einen kleinen, ehrenamtlich betriebenen Quartiertreff;
- Umnutzung grosser Teile des Quartierzentrums Gäbelhuus für die Tagesschule und dadurch Reduktion der Stellenprozentage für die Betriebsleitung;
- Kürzung der vbg-Dienstleistungen im Bereich Reinigung, Hauswirtschaft und Administration in verschiedenen Quartierzentren;
- Kürzung bei der Zentrumsleitung im Quartiertreff Tscharnergut;
- Kürzung bei den Betriebsbeiträgen an die kleineren Quartiertreffs.

Zu den Forderungen des Postulats

Zu Punkt 1:

Am 12. September 2013 hat sich der Stadtrat bei der Behandlung der Dringlichen Interfraktionellen Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP: Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit und des Produktgruppenbudgets 2014 für die oben dargestellte Variante mit einer Kürzung von Fr. 312 308.00 im Bereich der Gemeinwesenarbeit entschieden.

Zu Punkt 2:

Der Bericht des Gemeinderats zur genannten Dringlichen Motion enthält neben den verschiedenen Sparszenarien auch strategische Leitlinien für die Gemeinwesenarbeit. Demnach sollen Quartiertreffs überall dort gestärkt werden, wo diese von Freiwilligen und Ehrenamtlichen im Quartier getragen werden, grosse Quartierzentren mit professionellen Mitarbeitenden in erster Linie in Quartieren mit einem entsprechenden Bedarf betrieben werden und die mobile, aufsuchende Quartierarbeit insgesamt gestärkt werden. Diese strategischen Leitlinien sind nach Ansicht des Gemeinderats sozial- und integrationspolitisch begründet und entsprechen den veränderten gesellschaftlichen Bedürfnissen. Es gilt nun, die Gemeinwesenarbeit mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen auf diese strategischen Leitlinien auszurichten.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 28. Mai 2014

Der Gemeinderat